

# Bürgerbegehren nimmt erste Hürde

**SIEGEN** Rat gibt grünes Licht für Rettungsversuch von Haupt- und Realschulen

*Ob am Ende wirklich alle Wahlberechtigten gefragt werden, muss sich aber noch zeigen.*

js ■ Jetzt beginnt die große Autogramm-jagd: Der Rat der Stadt Siegen hat am Mittwoch in einer Sondersitzung per Mehrheitsbeschluss zu verstehen gegeben, dass er das Bürgerbegehren zum Erhalt des gegliederten Schulsystems für rechtmäßig erachtet. Um mehr ging es nicht in dieser dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelagerten Zusammenkunft – aber eben auch nicht um weniger: Jetzt kann sich die Bürgerinitiative, vertreten von Michael Petin, Sandra Drößler und Hermann Hellmann, auf die Beine machen und Unterstützer suchen. Die ersten fanden sie direkt im Anschluss an die Beschlussfassung.

Gern hätten die Initiatoren schon früher losgelegt. Das Siegener Stadtfest mit seinen vielen Tausend Besuchern wäre ihrer Ansicht nach eine gute Gelegenheit gewesen, viele Menschen über ihr Ansinnen zu informieren und auch die benötigten Unterschriften zu sammeln. Dass ihnen dies dennoch gelingt in den kommenden Wochen, daran haben sie keine Zweifel. 4029 Signaturen von kommunalwahlberechtigten Siegener Bürgern brauchen sie mindestens, um einen Schritt weiterzukommen.

Dann nämlich könnten sie ihre Frage in ganz großer Runde stellen: „Sollen Haupt- und Realschulen in Siegen erhalten bleiben?“, lautet diese und soll einen kurz vor der Sommerpause gefassten Ratsbeschluss einfangen. Mehrheitlich hatten sich die Stadtverordneten darin dafür ausgesprochen, dass eine vierte Gesamtschule auf dem Rosterberg eingerichtet werden soll zum kommenden Schuljahr. Gleichzeitig sollen die beiden Realschulen (Oberes Schloss und Morgenröthe) keine Aufnahmeverfahren mehr durchführen und Jahr für Jahr auslaufen.

Genau darin sieht die Initiative einen gravierenden Fehler. Es gehe ihr nicht darum, eine weitere Gesamtschule zu bekämpfen, beteuert sie. Den Preis aber, den eine nicht mehr rückgängig zu machende Schließung der Haupt- und Realschulen kosten würde, hält sie für zu groß. Aus diesem Grund hat sie sich dafür eingesetzt, dass nicht die gewählten Bürgervertreter über diese einschneidende Weichenstellung in der Schulentwicklungsplanung be-



Schüler der Realschule Oberes Schloss zeigten, was sie vom Ende des gegliederten Systems halten. ■ Kl. Bild links: Volles Haus: Zahlreiche Zuschauer wollten mitverfolgen, ob der Siegener Rat das Bürgerbegehren für zulässig erklärt. ■ Kl. Bild unten: Nach der Ratssitzung wurden direkt die ersten Unterschriften gesammelt. Fotos: Jan Schäfer



ankreuzen. „Zeigen Sie Ihre Bürgernähe und Ihr Demokratieverständnis“, warb Michael Petin für ein positives Votum. Die

Fraktionen waren sich einig: Bürgerbegehren an sich seien eine gute Sache und demokratisches Recht. Daher stimmten sie mehrheitlich zu. Inhaltlich aber erinnerten sie an ihre im gefassten Beschluss verdeutlichte Haltung. Einzig die Linke stimmte gegen den Bürgerentscheid, da sie ihn für unzulässig hält. Die CDU enthielt sich der Stimme: „Wir glauben aber nicht, dass die Schulen erhalten werden können“, ließ Marc Klein wissen. Joachim

Pfeifer (SPD) betonte nochmals, dass seine Partei die Argumente der Bürgerinitiative ausdrücklich nicht teile.

Die Grünen äußerten ihre Sorge, dass ein „Ja“ in einem Bürgerentscheid große Schwierigkeiten mit sich bringen könnte.

finden sollen, sondern alle Siegener Bürger, die zur Kommunalwahl gehen dürfen (also alle ab 16 Jahren, inklusive EU-Bürger).

Wenn die erforderliche Zahl an Unterstützer-Unterschriften zusammenkommt,

und daran zweifeln die Sammler nicht, könnte der Rat seinen Beschluss noch einmal selbst korrigieren – oder aber er leitet einen Bürgerentscheid ein. Damit der im Sinne der Antragsteller Erfolg hat, muss die Mehrheit der Wähler (mindestens 10 Prozent aller Abstimmungsberechtigten) „Ja“



„Die Schullandschaft wäre dann nicht standfest“, meinte Teresa Pflösch.

”

*Zeigen Sie Ihre Bürgernähe und Ihr Demokratieverständnis.*

**Michael Petin**  
appelliert an den Rat

Silke Schneider (Linke) zog den Vergleich mit einem Unfallpatienten heran, der nur mithilfe von Geräten künstlich am Leben gehalten werden könne.

Samuel Wittenburg (Volt) waren die Motive des Begehrens schleierhaft. Seine Fraktion stimme der Zulässigkeitsentscheidung zu, würde aber immer wieder für eine vierte Gesamtschule und die Schließung der Haupt- und Realschulen stimmen.

UWG, FDP, GfS und AfD stellten sich auch inhaltlich hinter einen möglichen Bürgerentscheid, der den Erhalt des gegliederten Systems zur Folge hätte.